



Dank AfD freies Kurzzeitparken auf weiteren Parkplätzen

von Marko Winter

(Fraktionsvorsitzender)

Auf Beschlussvorlage der AfD-Fraktion erweiterte der Freiburger Stadtrat in der Juni-Sitzung weitere innerstädtische Parkflächen mit freiem Kurzzeitparken. Die bisherige Verteilung der sogenannten BRÖTCHENTASTE auf städtischen Parkplätzen war willkürlich. So fehlte freies Kurzzeitparken z.B. in der Poststraße, wo eine Vielzahl von Geschäften, Bäckereien und Imbissläden um Kunden ringen, vom Zugang zur Post ganz abgesehen. Das galt sinngemäß für weitere Parkplätze, z.B. am Bebelplatz oder Schlossplatz. Für das Parken am



Nadine findet die Brötchentaste Spitze

Bahnhof ist freies Kurzzeitparken ebenso notwendig, beispielsweise um Kinder an Wandertagen stressfreier verabschieden zu können. Trotz Vorbehalten der Stadtverwaltung gelang es - mit punktuellen Änderungen - die Zustimmung aus CDU/FDP und FW-Fraktion zu bekommen. So beschloss der Stadtrat die Brötchentaste auf Poststraße, Bebel- und Schlossplatz sowie auf dem Platz der Oktoberopfer einzuführen, ebenso zukünftig am neugestalteten

Bahnhof. Damit ist das Angebot jetzt „rund“: Überall wo geschäfts- und straßennah geparkt werden kann, sind kleine Erledigungen ohne Parkgebühren möglich. Es geht nicht „nur ums Geld“, sondern um Lebensqualität für UNSERE Bürger. Das Heraussuchen von Kleingeld entfällt, zum Beispiel wenn man künftig in der Post einen Brief abgeben möchte. Freies Kurzzeitparken dient so zuerst den Freiburger Bürgern, um kleine Besorgungen in innerstädtischen Bereichen



leichter erledigen zu können. Wir denken dabei nicht zuletzt auch an ältere Menschen, welche nicht mehr so gut zu Fuß sind. Die Umrüstung der entsprechenden Parkscheinautomaten erfolgt zeitnah durch die Stadtverwaltung.

Heuchelei auf Hochglanz?

von Markus Gehrke (Stadtrat)



Es ist erst einige Wochen her, dass sich in unserem Freiberg eine schreckliche Bluttat ereignete. Mutmaßlich erstach ein 39-jähriger Afghane seine 33-jährige Frau mit einem Messer. Offensichtlich mussten vier der fünf Kinder in der gemeinsamen

Wohnung dabei zusehen, wie ihre Mutter qualvoll umgebracht wurde. An Grausamkeit ist diese Art der Trennung wohl kaum zu überbieten. Was für ein Szenario mag sich in der Plattenbauwohnung abgespielt haben? Eine solche Tat löst selbstverständlich auch betroffene Reaktionen in der Bevölkerung aus. Dass aber aus gewissen Kreisen praktisch keine Reaktionen kommen, verwundert mich schon sehr. Mal abgesehen davon, dass ich als AfD-Mitglied hier ein Versagen der nicht eingeforderten Integration durch die mittlerweile linksgeprägte Gesellschaft sehe, so weist die Tat selbst doch überdeutlich auf ein kulturelles Problem gewisser Migranten und auf deren Missachtung hiesiger Lebensgewohnheiten und Gesetze hin. Es ist

nicht der erste Übergriff mit einem Messer in Freiberg, der von Leuten begangen wurde, die mit unserer Kultur nicht viel anfangen können. Hätte diese menschliche Tragödie verhindert werden können? Hat man eventuelle Anzeichen schweigend ignoriert? Spielte dabei die Angst von gewissen Initiativen in eine bestimmte Ecke gedrängt zu werden eine entscheidende Rolle? Wo waren nach der Tat unsere stadtbekannteren „Gutmenschen“, die überdurchschnittlich oft mit Phrasen und intellektuellem Geschwätz auffallen? Wo fand diesmal das „#gesichtzeigen“ des „#freibergfüralle“-Netzwerks statt? Wann läuteten die Glocken von Petrikirche und Dom als Zeichen der Betroffenheit? Wo lese ich deren Bedauern, dass eine Mutter vor den Augen ihrer Kinder erstochen wurde? Auch von unseren politisch engagierten Schauspielern habe ich nichts gehört. Keine Stellungnahme, keine Meinungsäußerung, keine Domglocken, kein Gedenkgottesdienst, keine Tränen, einfach NICHTS! Ich frage euch: Welchen Sinn macht es ständig zu schwätzen, sich zu bekennen und zu positionieren, wenn das Handeln für ein friedliches Miteinander außen vor bleibt? Da hilft keine noch so bunte Hochglanzbroschüre. Es ist zu billig, wenn sich deren Akteure mit AfD-Bashing beschäftigen und uns als geistige



Fotocollage "BUNTBERG"

Brandstifter bezeichnen. Da hilft nur, das eigene Handeln zu hinterfragen, eine Selbstreflexion durchzuführen und die Augen gegenüber der Realität zu öffnen.

Gedenken zum 17. Juni 1953 – Anregung zur geschichtlichen Vertiefung von Mathias Stahl (Stadtrat)



In diesem Jahr nahm eine Abordnung der Freiburger AfD-Stadtratsfraktion am Gedenken der Stadt zum Aufstand am 17. Juni 1953 auf dem Donatsfriedhof teil. Die Gedenkveranstaltung fand unter würdiger Federführung der

Klassenstufe 9 der Oberschule „Gottfried Pabst von Ohain“ statt, welche sich dem geschichtlichen Hintergrund des sozialistischen Regimes der DDR, z. B. in Form von fiktiven Briefen an die Opfer, näherte und eine Collage der Ereignisse erarbeitete. Die AfD-Stadtratsfraktion begrüßt ausdrücklich die Herangehensweise der Schüler, sich Geschichte aktiv in Form von Patenschaften für Gedenktage anzueignen. Gerade in Zeiten in denen Statuen wieder gestürzt, Sprachverbote erlassen oder historische Personen mit einem Rassismuskvorwurf bedacht werden, ist die Fähigkeit, geschichtliche Zusammenhänge einordnen und bewerten zu können, sehr wichtig. Denn für mündige Bürger einer Demokratie ist es essentiell, sich eine freie und unabhängige Meinung zu bilden. Vor diesem Hintergrund eine Anregung der Fraktion für ein geschichtliches Selbststudium: Ein Verstehen der politischen Zusammenhänge hin zum 17. Juni 1953 ist nicht ohne Vorwissen über den Sozialismus möglich. Einen tiefgründigen Einblick dazu gibt der preisgekrönte, in Deutschland recht unbekannt, Film „Die Sowjet-Story“ des lettischen Regisseurs



Im Bild v.l.n.r.: Dieter Reimann, Mathias Stahl, Andreas Krause

Edvīns Šnore. Folgende Links führen zum Film:
Teil 1: <https://vimeo.com/29062646>
Teil 2: <https://vimeo.com/29110492>
George Watson, damals Historiker in Cambridge, stellte darin z.B. folgende These auf: „Ich glaube nicht, dass viele Menschen wissen, dass es ausschließlich Sozialisten gewesen sind, die im 19. und 20. Jahrhundert öffentlich den Völkermord befürwortet haben. Das ist eine wenig bekannte Tatsache. ... Marx hat damit angefangen. Er war der Stammvater des modernen politischen Völkermordes. Ich wüsste nicht, dass vor Marx und Engels jemals ein neuzeitlicher Denker öffentlich zur Rassenvernichtung aufgerufen hat. Ich kann nichts Früheres finden. Ich gehe daher davon aus, dass es bei ihnen seinen Ursprung hat.“ Der Deutschlandfunk meint dazu: „Der Film ist fesselnd, mutig und kompromisslos; er verstößt gegen die überkommene und politisch korrekte Deutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts und zerstört viele bis heute lebendige Mythen. Er ist zu empfehlen nicht nur für Historiker und interessierte Laien, sondern auch für Politiker, die nach wie vor die kommunistische Ideologie unterschätzen oder verharmlosen.“

(Quelle:

https://www.deutschlandfunkkultur.de/provokativer-vergleich.1270.de.html?dram:article_id=191559)



Es scheint also durchaus von Vorteil zu sein, überkommene Pfade der Erinnerungskultur zu verlassen und sich mit weniger bekannten Aspekten der Geschichte zu befassen. Dabei gilt es, sich Totalitarismen, in welcher Form auch immer, entgegenzustellen und nicht durch einseitige Geschichtsinterpretation zu legitimieren. Dies wird weiterhin eine Aufgabe unserer bürgerlichen Fraktion sein und bleiben.

Corona und das Leben älterer Menschen

von Volker Schubert (sachkundiger Einwohner, Freiburger)



Ich denke, dass es vom Charakter eines jeden Einzelnen abhängt, wie er sein Leben unter besonderen Bedingungen organisiert und lebt. Bei Rentnern würde ich grob in drei Gruppen unterteilen. Eine Gruppe, die in familiärer Ge-

meinschaft mit einem Partner oder auch in einem Mehrgenerationenhaushalt leben kann, eine andere Gruppe, die auf Grund körperlicher Einschränkungen ihr Leben in einer Einrichtung verbringen muss, wo sie entsprechend dieser Besonderheiten versorgt und betreut wird, und eine dritte Gruppe, welche ihren Alltag weitestgehend alleine bestreiten muss. Während die erste Gruppe von bisherigen Beschränkungen durch Corona kaum beeinträchtigt war, dürften die Menschen der zweiten und dritten Gruppe sehr viel schlimmer betroffen gewesen sein. Das beginnt vor allem bei Einpersonenhaushalten damit, dass der Kontakt mit anderen Menschen gefehlt hat. Vor lauter Verwirrung hat eine Nachbarin ihren Mundschutz sogar auf

dem Balkon getragen und beklagt, dass ihr das Atmen immer schwerer fällt. Vermutlich hat sie am Tage vorher in einem Morgenmagazin im Panikmodus zu hören bekommen, dass sie in ihrem Alter zu einer besonders gefährdeten Gruppe gehört. Als die Tochter, nach Wochen ohne jeden persönlichen Kontakt die Ausgestaltung des Balkons auf Sommer umgestellt hatte, wurden mindestens zwei Meter Abstand gehalten - ohne wie sonst üblich in den Arm zu nehmen, ohne jeden Körperkontakt. Das hat die alte Frau schwer getroffen. Mitarbeiter eines Pflegeheimes wussten zu berichten, dass die Zeit ohne Besuche von Verwandten für die Bewohner eine schwere psychische Belastung dargestellt hat. Bewohner im Erdgeschoss konnten sich wenigstens mit den, vor den Fenstern stehenden Verwandten unterhalten. In Einzelfällen haben die Mitarbeiter manche Bewohner aus den oberen Etagen zu einem der Fenster im Erdgeschoss gebracht. So konnten auch diese ein paar Worte mit Kindern oder Enkeln wechseln. Vereinzelt kam es zu Zuständen, welche als menschenunwürdig zu beschreiben sind. An dieser Stelle kommt meines Erachtens eine ganz besondere Verantwortung auf die Betreiber solcher Einrichtungen zu. Es sollte zwingend dafür gesorgt werden, dass sich bei einer vergleichbaren Seuchenlage die Angehörigen mit den Bewohnern der Einrichtungen begegnen können.

Gefährlicher als Covid-19 war, meines Erachtens, aber das unglaubliche Chaos in der medialen Berichterstattung über Gefahren durch das Virus und möglicher vorbeugender Maßnahmen. Masken schützen oder schützen kein Stück oder gefährden gar den Träger der Maske? So war die Berichterstattung auf allen Kanälen. Das hat vor allem Menschen im Rentenalter schwer verunsichert.

Blaue Stunde - Ihre AfD-Stadträte stehen Ihnen zur Verfügung

Künftig wird Ihre AfD-Stadtratsfraktion monatlich eine Bürgersprechstunde anbieten.

Den jeweils aktuellen Termin finden Sie auf unserer Webseite www.afd-mittelsachsen.de.

Impressum

Herausgeber: AfD-Stadtratsfraktion der Universitätsstadt Freiberg, Kesselgasse 10, 09599 Freiberg

V.i.S.d.P.: Marxo Winter, Redaktion: Andreas Krause, Mathias Stahl, Auflage: 7500, E-Mail: steiger@afd-mittelsachsen.de

Ausgabe 02/2020; Wir weisen darauf hin, dass der Redaktionsschluss für diese Ausgabe am 18.07.2020 war.

Spätere Ereignisse konnten daher nicht mehr berücksichtigt werden. Bildquellen: Fraktionsarchiv, Andreas Krause privat, Markus Gehrke privat, Hengst/Cityfoto Freiberg, Weber/Die Fotomeisterin, www.pixabay.com, www.pexels.com